

Stimmen aus Halle für die reformierte Schweiz

Basel, 24. November 1938

Druck und Verlag Friedrich Reinhardt AG.
Telephon 43.890 • Basel 12 • Missionsstrasse 36

94. Jahrgang • Nr. 24

Erscheint alle 14 Tage, jeweilen Donnerstags. Abonnementsbestellungen sind zu richten an den Verlag (deutsche Adresse: Postfach Weil a. Rh., Baden). Bezugsprets jährlich Fr. 12.—, halbjährlich Fr. 6.—; für das Ausland kommt halbjährlich noch 1 Fr. Portozuschlag hinzu. Postcheckkonto: V 145.

Anzeigen sind zu richten an den Verlag. Preis 15 Cts. für die viergespaltene Millimeterzeile, Ausland 18 1/2 Cts. = 15 Pf. Letzter Annahmetermin Montag Morgenpost. Anzeigen nehmen auch entgegen alle Annoncen-Expeditionen. Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vorbehalten.

Inhalt: S. B.: Konsekrationspredigt über Römer 10, 17. W. Tappolet: Evangelische Kirchenmusik (Schluß). R. Barth, D. Moppert und G. W.: Noch einmal „Frieden oder Gerechtigkeit?“ Umschau. Bücherbesprechungen. Kleine Mitteilungen. Personal-Nachrichten. Eingelaufene Schriften.

Konsekrationspredigt über Röm. 10, 17.

So kommt der Glaube aus der Predigt, das Predigen aber durch das Wort Gottes.

„So kommt der Glaube aus der Predigt.“ Das Wort ist dazu angetan, uns zu erschrecken. Wir werden damit nicht nur für uns allein, sondern auch für die uns anvertrauten Gemeinden unter eine Verantwortung gestellt, die außerordentlich ist. Kommt aus der Predigt Glaube, so schließt sie irgendwie die Möglichkeit in sich, auch Unglauben zu erwecken. Wir können dieser Verantwortung nicht enttrinnen, indem wir uns berufen auf die vielerlei andere Arbeit des Amtes, durch die wir an der Gemeinde gutmachen könnten, was wir in der Predigt an ihr gefehlt und gesündigt hätten.

Es mag das Amt eines Pfarrers mit noch so vielem anderen verbunden sein, so ist und bleibt es doch vornehmlich das Predigtamt. Schon in den Augen unserer Gemeinden ist es so. Jedermann, auch der Gleichgültigste und Verstockteste, beurteilt uns als die, welche Sonntag für Sonntag Gottes Wort auslegen. Wie sollte uns nicht viel mehr Gott daraufhin anschauen und prüfen, ob und wie wir seine Botschaft ausrichten in der Gemeinde und nach dieser Botschaft unser Handeln und Leben richten. Denn vom Predigtamt empfängt auch unser Handeln und Reden seine Wegweisung. Was wir als Menschen und Seelsorger sind, das läßt sich nicht trennen von diesem Amt. So können wir denn wohl erschrecken, da auch wir nur Fleisch und Blut sind.

Aber nun empfangen wir aus jenem Wort auch die Beglaubigung. „Das Predigen aber durch das Wort Gottes.“ Wir sollen also nicht allein sein mit

unserer Verkündigung, mit unserem Handeln und Leben. Wir sollen in der Predigt nicht unsern Gedanken und Worten ausgeliefert und überlassen sein. Und vor allem, wir sollen das Risiko nicht tragen müssen für die Wahrheit dessen, was wir zu sagen und in dem wir zu leben haben. Unsere Verkündigung soll letztlich nicht auf uns fallen. Ihre Voraussetzungen sollen nicht abhängig sein von unserem auswendigen und inwendigen Menschen. Unser Amt soll sich verlassen dürfen auf die Verheißung Gottes, daß er mit denen sein will, die als seine Werkzeuge in seinen Dienst treten und sich von ihm brauchen lassen. Er will auch in der Last, die er uns zu tragen gibt, der gnädige Herr bleiben und uns als seinen Dienern beistehen mit der Kraft, die seinem Worte eigen ist. Sein Wort stellt uns nicht nur unter Verantwortung, sondern schenkt auch die Beglaubigung, aus welcher uns die Zuversicht erwächst, von Gott zu reden und auf Gott hin leben zu dürfen.

Ohne diese Beglaubigung, daß unser Amt ein von Gott befohlenes Amt ist, könnten wir es darin nicht aushalten, ohne innerlich zugrunde zu gehen. Wie dürften wir daran gehen, von Gott zu reden und auf ihn hin zu leben, wenn die Beglaubigung dazu nicht gegeben wäre in dem Wort, das nicht wir ersonnen haben, sondern das uns gegeben ist.

Es mag uns allen, besonders heute beim Eintritt in den Dienst der Kirche, eine nicht geringe Beruhigung sein, zu wissen, daß wir in einem Land und Volk leben, in dessen Mitte wir äußerlich unangefochten unsern Dienst tun dürfen. Es geziemt sich, an diesem Gut heute weniger als je unachtsam und undankbar vorbeizusehen.

Aber auch diese äußere Unangefochtenheit schenkt uns jene Beglaubigung und Gewißheit nicht, deren wir bedürfen, um unser Amt zuversichtlich zu führen. Wir leben ja trotz dieser äußern Sicherheit nicht in einer Zeit, die ohne weiteres annimmt, daß der Glaube aus dem Hören des Wortes Gottes und aus dessen Verkündigung kommt. Wir sind nicht umgeben

Kerngruppen der bedeutsamste und unerläßliche Anfang gegeben für die Erneuerung nicht allein der sinnvollen Kirchenmusik, sondern von Gemeinde und Kirche überhaupt.

Zürich.

Walter Tappolet.

Noch einmal „Frieden oder Gerechtigkeit?“

Die Befinnung über die Tragweite der gegenwärtigen politischen Ereignisse kommt nicht so schnell zur Ruhe. Der Brief Karl Barths mit seiner scharfen Stellungnahme (s. „Kirchenblatt“, S. 348) hat verschiedenen Antworten von rechts und links gerufen¹. Ebenso entschieden wie Barth redet W. Bischof in der letzten der „Basler Predigten“ an Hand von Amos 5 und 6. Im „Kirchenblatt“ geht die Aussprache infolge des vierzehntäglichen Erscheinens eher langsam voran, aber wir haben ja Zeit und müssen nicht auf alle Einzelfragen eingehen. Immerhin ist die ganze Frage auch für unsere Kirche so wichtig, daß wir das Gespräch fortsetzen wollen. Wir geben zunächst einen Brief Professor Barths wieder, in dem er seine Stellung gegen allerhand Mißverständnisse abklärt, sodann eine Äußerung von Pfarrer Moppert und fügen ein Schlußwort an.

I.

Ich will es in Beantwortung der mir gestellten Frage versuchen, die Ueberlegungen, die hinter dem gesperrt gedruckten Satz standen und noch stehen, kurz darzustellen².

Es ging in der heute verlorenen Sache der Tschechoslowakei gegen das hitlerische Deutschland nicht nur um die Regelung einer territorialen und völkischen Frage. Daß eine solche Frage im Sudetengebiet gestellt und zu beantworten war, ist nicht zu bestreiten. Es scheint, daß der Versailler Vertrag dort unerträgliche Verhältnisse geschaffen hat. Und es scheint, daß die tschechoslowakische Regierung die Wege bisher nicht gefunden hatte, diese zu beseitigen. Eine Beantwortung der damit gestellten Frage hatte aber mit folgenden Voraussetzungen zu rechnen:

1. Den vielleicht vorliegenden Uebelständen mußte auf alle Fälle durch die Aufrichtung von Recht, d. h. auf dem Wege einer internationalen Verhandlung und Entscheidung unter Mitsprache und Anhörung aller Beteiligten abgeholfen werden. Indem an Stelle dessen der Tschechoslowakei gegenüber der Weg des einseitigen Diktats unter übermächtiger Gewaltandrohung eingeschlagen wurde, entstand für diesen Staat zunächst

die Pflicht der Selbstbehauptung und also der militärischen Verteidigung seiner bisherigen Grenzen. Er hatte mit solcher Selbstbehauptung rebus sic stantibus eine Frage der politischen Ordnung in Europa zu beantworten.

2. Den vielleicht vorliegenden Uebelständen durfte unter keinen Umständen durch das bestimmt größere Uebel abgeholfen werden, die Tschechoslowakei als die einzige östliche Vormacht demokratischer Politik praktisch hilflos zu machen, vier Millionen weiterer europäischer Menschen dem Diktatorssystem (seiner Geheimpolizei, seiner barbarischen Justiz, seiner gleichgeschalteten Presse, seinem Antisemitismus, seinem Kirchenkampf, seinem Mythos usw.) auszuliefern und damit diesem System neues Prestige und neue Kraft zuzuführen. Die Tschechoslowakei hatte auch unter diesem Gesichtspunkt die Pflicht zur Selbstbehauptung und also zur militärischen Verteidigung. Und sie hatte mit solcher Selbstbehauptung rebus sic stantibus eine Frage der politischen Freiheit in Europa zu beantworten.

Die Kirche Jesu Christi kann der Frage der politischen Ordnung und Freiheit in Europa nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie verkündigt den Totalitätsanspruch des Wortes Gottes. Sie kann diesen Anspruch im Bereich der Diktaturen nur entweder fallen lassen und damit vor Gott und der Welt der Lächerlichkeit verfallen oder ihn aufrecht erhalten und damit die Ausrottung durch die Diktatur auf sich ziehen. Muß sie bereit sein, sich durch vollendete Tatsachen vor dieses Dilemma stellen zu lassen, so kann sie doch eine Politik, die sie vor dieses Dilemma stellt, nicht von sich aus bejahen, gutheißen und wollen. Die Kirche kann die Diktatur erleiden müssen. Der politische Raum, den sie allein bejahen, gutheißen und wollen kann, ist aber der der Ordnung und der Freiheit.

Ist die politische Ordnung und Freiheit bedroht, dann trifft diese Bedrohung indirekt auch die Kirche. Und schreitet ein rechter Staat zu deren Verteidigung, dann ist an dieser Verteidigung indirekt auch die Kirche beteiligt. Sie würde ihre eigene Verkündigung nicht ernst nehmen, wenn sie hier gleichgültig bleiben könnte. Sie kann als Kirche nur geistlich streiten und leiden, und sie wird damit indirekt das Wichtigste und Entscheidende tun, was in einem die Ordnung und das Recht verteidigenden Staate für diesen zu geschehen hat. Sie wird aber umgekehrt auch anerkennen, daß das menschliche Streiten und Leiden des Staates und der Soldaten dieses Staates indirekt auch für sie geschieht.

In diesem Sinn habe ich den gesperrten Satz meines Briefes geschrieben. Von einer „Identifizierung“ zwischen dem Streiten und Leiden der Kirche und dem des Staates ist in diesem Satz keine Rede. Es sollte aber auch nicht übersehen werden dürfen, daß es zwischen dem Streiten und Leiden der Kirche und dem des Staates dann eine Gemeinsamkeit gibt, wenn der Staat als rechter Staat für die Ordnung gegen eine

¹ In Nr. 44 der „Freitagszeitung“ sehen sich die Redaktoren K. Grob und J. von der Crone sehr eingehend und sachlich mit Barth auseinander, weniger freundlich im „Aufbau“ Nr. 44 der Redaktor M. Gerber.

² Der betreffende Satz lautet: „Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns — und ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die im Dunkelfeld der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann.“

blinde Dynamik und für die Freiheit gegen eine brutale Tyrannei einzutreten hat. Dann hat die Kirche sich nicht von ihm zu distanzieren, sondern solidarisch neben ihn zu treten. Der Satz vom tschechischen Soldaten meint in konkreter Anwendung sehr schlicht das, was 1. Tim. 2, 1—3 als Grund des christlichen Gebetes für die Obrigkeit angegeben ist: „auf daß wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit“. Eben dazu ist der rechte Staat da. Und eben dazu muß es leider, solange es Ordnungsbrecher und Freiheitszerstörer gibt, auch Soldaten und dann wahrlich auch ein christliches Lob des Soldaten geben.

Getäuscht habe ich mich am 19. September nur darin, daß ich die Widerstandskraft sowohl der Tschchoslowakei als der anderen europäischen Ordnungs- und Freiheitsstaaten und auch die Einsicht der europäischen Kirchen damals überschätzt habe. Prag ist nicht fest geblieben, und London und Paris sind nicht wieder fest geworden. Und die Kirche hat, mehr mit der Frage nach dem Frieden überhaupt als, wie es sich gehörte, mit der Frage nach dem rechten Frieden beschäftigt, nichts dazu zu sagen gehabt. Wir werden alle dafür bezahlen müssen, daß jene Widerstandskraft nicht größer gewesen ist, daß die Regierungen, die Völker und die Kirchen sich in der Weise haben blüffen lassen, wie es vor und nach dem 30. September geschehen ist. Basel, den 26. Oktober 1938. Karl Barth.

II.

Gerechtigkeit durch das Mittel des Krieges?

Es wäre wahrhaftig nicht gut, wenn die furchtbare Krise, durch die unsere abendländische Menschheit in diesen vergangenen Wochen hindurchgehen mußte, nicht weiterhin das Denken und Empfinden der Mitlebenden auf das stärkste beschäftigt hätte. Es ist auch selbstverständlich, daß dabei Gegensätze zutage treten müssen. Einen Widerhall davon hat die vorletzte Nummer unseres „Kirchenblattes“ gebracht, sowohl in dem Beitrag des Herausgebers „Frieden oder Gerechtigkeit?“ als im Abdruck des Briefes von Karl Barth an seinen tschechischen Kollegen. Wenn in den nachfolgenden Zeilen versucht wird, in der hier allein möglichen Kürze auf die andere Seite der Sache hinzuweisen, so geschieht es nicht im geringsten aus Freude am Widerspruch, sondern ganz allein aus dem Empfinden der Verpflichtung gegen das Stück oder Stücklein von Wahrheit, das man selber zu erkennen glaubt.

Die Fragestellung, um die es uns geht, drängt sich in den Sinn zusammen: wäre es nicht besser gewesen, hätte es nicht der Forderung der Gerechtigkeit allein entsprochen, daß dem Gewaltwesen wäre Einhalt geboten worden, und wäre es gewesen um den Preis des Krieges? Ein Friede, wie er hier geschlossen wurde, kann ja doch im besten Falle ein Aufschub sein, der Aufschub einer Katastrophe, die ganz sicher kommen muß, nur daß sie später von den Vertretern der gerecht-

ten Sache unter viel ungünstigeren Bedingungen durchgehalten werden muß.

Die Ungezählten, die diesen Frieden um jeden Preis als ein unerhörtes Glück, ja wohl als eine wunderbare Gnade Gottes empfunden haben, sollen sich doch gründlich fragen, ob sie nicht gegen die wirkliche Lage blind seien; sie sollen sich namentlich fragen, ob es denn erlaubt sei, sich selbstüchtig seines Glückes zu freuen und dabei kalten Herzens die brutale Gewaltanwendung gegen ein wehrloses Volk zu ertragen.

Was haben diesen schweren Einwänden gegenüber die zu sagen, die nun allerdings die Vermeidung des Krieges als ein Wunder der Gnade Gottes empfunden haben, und dies nicht nur in einem Augenblick des Ueberschwangs nach überwundener Angst, sondern auch seither immer wieder bei ruhiger Ueberlegung und Prüfung des ihnen zugänglichen Materials? Wir sind — so würden sie wohl zuerst einmal feststellen — wahrhaftig nicht blind gewesen gegen das tief Bedrückende, Beschämende, Beängstigende einer solchen Art von Friedenserhaltung; auch wir hätten dringend gewünscht, daß in den öffentlichen Vernehmlassungen von kirchlicher Seite dieser Ton klarer und nachdrücklicher zum Ausdruck gebracht worden wäre. Es wäre allerdings wahrscheinlich nicht schwer, Zeugnisse über die tiefe Empfindung dieses Bedrückenden aus vielen Predigten, aber auch aus ungezählten Presseäußerungen jener Tage beizubringen. Aber — und das war nun allerdings der stärkste Ton in unserer Empfindung und in unserem Denken: der Ausbruch eines allgemeinen Krieges stand als etwas so Grauenhaftes vor unserer Seele, daß uns die Abwendung des Entsetzlichen als etwas unermesslich Großes erschien. War das nur Angst, nur die elementare Regung des selbstischen Erhaltungsgefühls, das sich selber, den Männern, den Frauen, den Kindern, den Hilflosen alle diese Greuel ersparen wollte? Wir antworten auf diese so überlegen aussehende Frage ganz einfach: und wenn es auch „nur“ das gewesen wäre, so brauchte sich ein Geschlecht, das einen Funken von Erinnerung an die grauenhaften leiblichen und seelischen Verwüstungen des Weltkrieges bewahrt hat, dieser Angst wahrhaftig nicht zu schämen. Eben dieses Entsetzen, das durch alle beteiligten Völker in genau gleicher Weise hindurchgegangen ist, ist es ja auch wohl gewesen, das bewußt oder unbewußt die Entscheidungen der Maßgebenden auf das stärkste mit beeinflusst hat, auch wenn nun nachträglich noch so viele kluge Berstandeserwägungen bekanntgegeben werden, die für den einen oder den andern der handelnden Staatsmänner maßgebend gewesen seien. Natürlich kann man es keinem Betrachter verwehren — vor allem, nachdem die unmittelbare Gefahr vorüber ist —, daß er dieses elementare Friedensverlangen der Völker als ein bedenkliches Symptom wertet. Vielleicht aber — das sei nur nebenher angemerkt — stünde es einem Denken, das mit einem Walten Gottes in der Geschichte, wenn auch in

einer noch so geheimnisvollen Weise rechnet, nicht so übel an, auch eine andere Deutung dieser Dinge zu versuchen: nämlich die Frage zu erwägen, ob nicht vielleicht der Herr der Geschichte dieses Entsetzen vor dem Krieg als ein Mittel der Erziehung seiner Menschheit anwenden könnte.

Aber nun ist es allerdings unsere Ueberzeugung, daß jedenfalls bei den tiefer Denkenden unter den für den Frieden Dankbaren diese Angst nicht das einzige Motiv ihrer Dankbarkeit gewesen ist. Sie dachten wahrhaftig auch an das so absolut Zweideutige der Anrufung des Krieges als des Mittels zur Herbeiführung der Gerechtigkeit. Gesezt selbst der Fall, daß Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit absolut klar in den einander feindlichen Parteien dargestellt wären — wir lassen diese Frage vollkommen aus dem Spiel — ja ist es denn wirklich so, daß der „gerechte“ Krieg unweigerlich der gerechten Sache zum Siege verhilft? Und selbst wenn das der Fall wäre: ist es denn möglich, daß der „gerechte“ Krieg mit völlig gerechten Mitteln geführt wird? In dem Briefe von Professor Karl Barth ist der Geist der alten Hussiten aufgerufen worden. Nach meiner allerdings sehr undeutlichen Erinnerung an das, was ich von den Hussitenkriegen gehört habe, haben sich doch wohl gerade diese — wie alle „heiligen“ — Kriege, durch ganz besondere Grausamkeit ausgezeichnet. Früher hatte man die Glaubenskriege, allenfalls auch den „heiligen“ Krieg; heute hieße man es wohl ein wenig anders; gemeinsam wäre wohl beiden Arten das, daß sie neben dem vielleicht menschlich Edelsten auch das Dämonischste, das im Menschen schlummert, hervorrufen würden.

Aber es ist noch ein Letztes, das jedenfalls die Christen unter den für den Frieden dankbaren Menschen bewegt hat; in etwas anderer Weise ist diese Empfindung übrigens ganz sicher weit hinein in die ganz „weltlich“ denkenden Kreise gedrungen! Sie haben diesen Frieden als die gnädige Gewährung einer Möglichkeit, einer Frist, einer „Gnadenfrist“ im buchstäblichen Sinne empfunden. Sie mußten denken an das Wort im Gleichnis: „Laß ihm noch dies Jahr!“ Der Krieg ist das Unwiderrufliche, vielleicht — bei unserer heutigen Kriegstechnik — in noch viel entseztlicherer Weise, als wir es im Weltkrieg erlebt haben. Der Friede läßt noch Möglichkeiten offen. Selbstverständlich ist es auch hier jedem unbenommen, die Dinge so zu sehen, daß diese Möglichkeiten mit absoluter Notwendigkeit zu der Gewaltlösung führen müßten. Nach unserm Empfinden mag sich aber ein solches Denken eine Einsicht in den Gang der Weltgeschichte — wir Christen werden doch noch sagen dürfen: eine Einsicht in die Wege Gottes — zu, die wir mit unserer Ueberzeugung von der namenlosen Beschränktheit alles menschlichen Denkens nicht zusammenreimen können!

Wir brechen diese notwendig fragmentarischen Ueberlegungen ab. Möchten sie ein wenig etwas beitragen können zur Klärung in den schweren Fragen,

in denen wenigstens wir Christen zu einer gewissen Einheitlichkeit des Denkens und des Empfindens selten gelangen können.

Basel.

III.

Oscar Moppert.

Es ist klar, daß alle politischen Ereignisse, und gar so komplizierte wie das Schicksal der Tschechoslowakei, von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus beurteilt werden können und daß an all diesen Urteilen etwas Wahres, aber auch immer etwas Falsches ist. Es sind mir denn auch noch zwei weitere Äußerungen zugegangen, die wieder etwas anders urteilen, die ich aber aus Raummangel nicht abdrucken kann. Man wird auch nicht ein bestimmtes Urteil als allein biblisch begründet ausgeben können, schon darum nicht, weil wir die politischen Ereignisse nie bis in ihre letzten Zusammenhänge durchschauen und also auch nicht vollkommen beurteilen können. Auch das Urteil Barths ist nicht das biblische, sondern sein persönliches politisches Urteil. Selbstverständlich werden wir alle unser Urteil von der Bibel her zu klären und zu korrigieren suchen; aber im Augenblick, wo wir es wagen, ein politisches Urteil zu fällen — und dem Fällen solcher Urteile kann sich keiner entziehen, auch wenn er sich ängstlich von aller Politik frei hält —, setzen wir uns der Kritik und dem Widerspruch aus.

Aber nun stehen doch nicht einfach alle diese Urteile auf der gleichen Ebene. Sie stehen den wirklichen Ereignissen näher oder ferner, sie sind stärker durch persönliche Wünsche oder mehr durch Einsicht in den Gang der Dinge bestimmt. Es ist klar, daß die Freude über den Frieden aus unsern persönlichen Wünschen stammt und darum die Einsicht zu trüben droht. Wir möchten selbstverständlich alle den Frieden erhalten und wissen im Gedanken daran, was für ein grauenhaftes Unheil der Ausbruch eines neuen Weltkrieges wäre, darum wird alles darnach gedeutet. Sonst wäre es gar nicht möglich, so begeistert von Frieden zu reden, wo mitten in Europa, mitten im sogenannten Frieden ein Staat seine Machtansprüche mit Kriegsdrohung durchsetzt, also mit Hilfe der Kriegsangst der übrigen Staaten seine Geschäfte macht. Jetzt ist die Tschechoslowakei das Opfer, und weil sie ziemlich weit weg ist, freuen wir uns über die Erhaltung des Friedens; wenn wir aber einmal das Opfer würden, dann würde uns die Freude an diesem Frieden wohl vergehen. Man kann wohl das Unrecht anführen, das schon bei der Schaffung des tschechoslowakischen Staates geschah, ebenso die Unfähigkeit der tschechischen Regierung, die verschiedenen Nationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen, aber viel wichtiger als alle solchen retrospektiven Urteile ist doch die Einsicht, daß jetzt der nationalsozialistische Staat mit einer Energie und einem Erfolg sondergleichen seine Herrschaft in Europa durchsetzen will, daß für diesen Staat das Recht nur soweit Bedeutung hat, als es ihm selber nützt, und daß er mit solcher Verachtung aller bestehenden Rechtsordnungen und Verträge eine wachsende Bedrohung des euro-

päpſtlichen Friedens bedeutet. Hier ſehe ich den Grund zu Barth's ſchroffer, einſeitiger Stellungnahme, wie er auch im deutſchen Kirchenkampf vor fünf Jahren gleich zu Anfang die Gefahr erkannte und zur Abwehr rief. Man kann ihm leicht aus ſeinen damaligen Schriften, wie Gerber und Grob das tun, nachweiſen, daß er damals die Regierung Hitler poſitiver beurteilte, aber es iſt auch in dieſen fünf Jahren einiges paſſiert, was eine Reviſion des Urteils erklärt. Nicht verſtehen dagegen kann ich, wie man ſich heute zur Frage nach dem Frieden äußern kann ohne Rückſicht auf den großen Friedensſtörer, das Dritte Reich. Die nächſte europäiſche Zukunft hängt doch davon ab, ob die Macht Hitlers in der bisherigen unerhörten Weiſe ſich ausbreitet, oder ob es gelingt, ihr einen Damm entgegenzuſtellen, was bisher offenbar nicht geſchehen iſt.

Wir haben ſicher alle Grund, Gott dafür zu danken, daß er u n s den Frieden erhalten hat, und um ſeine Erhaltung auch weiterhin zu bitten. Aber wir ſollen ſehr vorſichtig ſein, Menſchen als Friedensſtifters zu preiſen, beſonders dann, wenn ſie ſich ſelber den Frieden auf Koſten anderer, ſogar ihrer Verbündeten erhalten haben. Erſt recht geht es nicht an, von einem Friedensſchluß zu reden, wo einfach der brutalen Gewalt nachgegeben wurde und das Unrecht triumphiert hat. Dieſe einfachen Taſſachen müßten vorab innerhalb der Kirche nicht außer acht gelassen werden, damit ſo wichtige und inhaltſchwere Worte wie Frieden und Gerechtigkeit nicht völlig entwertet werden. G. W.

Umſchau.

Die waadtländiſche Synode 1938.

Dienstag und Mittwoch, den 1. und 2. November, tagte die Synode in Lausanne. Der erſte Vormittag iſt traditionsgemäß immer der Konſekration gewidmet, welche dieſes Jahr ſechs Kandidaten galt und von Pfarrer Robert Payot in St. Laurent in Lausanne geleitet wurde.

Unter dem Vorſitz von Pfr. Bergier in Dugny fanden folgende uns intereſſierende Geſchäfte ihre Erörterung und Beſchlußfaſſung: Wie anderwärts, wachſen auch für die waadtländiſche Synodalkommiſſion (Synodalrat, Kirchenrat) die Aufgaben immer mehr an; die Synode wünſcht darum mit Hilfe eines erhöhten Staatsbeitrages gewiſſe Arbeiten durch andere Hilfskräfte verrichten zu laſſen. Ferner beantragt ſie dem Großen Rat, einige Hilfspfarrſtellen in ſelbſtändige Pfarrämter umzuwandeln. Um durch das Mittel der Preſſe tiefer in das Volk einzudringen, bewilligt die Synode dem kirchlichen Wochenblatt «Semeur vaudois» einen Beitrag von 1000 Franken, wodurch ſeine Verbreitung beſſer ermöglicht werden ſoll. Ferner nimmt ſie ebenfalls ihren Koſtenanteil zur Beteiligung der Kirche an der Landesausſtellung in Zürich auf ſich. Die waadtländiſche Kirche hatte bisher mit bezug auf die Abendmahlsfeier im Herbſt den Gemeinden die Freiheit gelassen, an welchen 2 Sonntagen im September ſie abgehalten werden ſoll; die einen pflegten ſie die beiden erſten Sonntage, andere ſpäter, jedenfalls

auch am Bettag anzuberaumen. Nun entſchied ſich die Synode mit ſchwachem Mehr zugunſten einer einheitlichen Ordnung, indem künftig das Abendmahl am 1. und 2. Septemberſonntag gefeiert werden ſoll, dem ſich jetzt alle Gemeinden anzupaffen haben. Die ſich zur Konſekration anmeldenden Kandidaten haben in Zukunft ſich darüber auszuweiſen, daß ſie mindestens ein halbjähriges Vikariat nach der Studienzeit abſolvieren haben. Die Zunahme beſonderer Totenfeiern im November veranlaßte die Synode, die Kommiſſion zu beauftragen, vom Geſichtspunkt der reformierten Lehre aus die Frage zu entſcheiden. Bereits ſind von Prof. Grin und Germond Auslagen gefallen, daß ſolche ſpezielle Totenfeiern jeder bibliſchen Begründung entbehren. Die waadtländiſche Kirche hat die Beteiligung der Frauen in kirchlichen Räten in der Weiſe gelöſt, daß ſie ihnen kein paſſives Wahlrecht zuſteht, es aber den Kirchengemeinden freilegt, entſprechend ihren Bedürfniffen und Möglichteiten «à organiser officieusement des conseils auxiliaires de femmes». Die Synode bittet die Kommiſſion, beim Staatsrat Schritte zu tun, um die völlig unbefriedigende Behandlung der Trinker in der ſtaatlichen Anſtalt auf eine andere, erfolgverſprechendere Baſis zu ſtellen. Dieſer Antrag würde ſich einigermaßen mit den Beſtimmungen im neuen Straßgeſetzbuch decken, indem ſtatt einer Zucht hausmäßigen eine heilanstaltmäßige Behandlung Platz greifen ſoll. Wie ſehr die Synode ſich auch mit den Erforderniſſen des Tages und des wirtſchaftlich-ſozialen Lebens abgibt, mag die kleine Einzelheit beweifen: ſie erließ eine Aufforderung, daß alles Volk ſich der exakteren und raſcheren Bezahlung ſeiner Schuldverpflichtungen beleiſtige, weil viele Gewerbetreibende wegen großer Nachläſſigkeit oft in eine ſchwierige Lage gebracht werden. Es gehöre zu den elementarſten Erforderniſſen eines Chriſten, ſeinen Verpflichtungen raſch und genau nachzukommen und zu verhüten, daß ſie netwegen jemand in wirtſchaftliche Gefahr gebracht werde.

Die öffentliche Vereinigung der kirchlichen und ſtaatlichen Behörden vom Dienstagabend eröffnete den Reigen verſchiedener Reden, die ſich dem Bericht im «Semeur vaudois» zuſolge auf einer bemerkenswerten Höhe bewegten. Die an der waadtländiſchen Synode ſtets ſtark zutage tretende Verbundenheit ſtaatlicher und kirchlicher Behörden weckt in den reformierten Blättern Frankreichs ſtets Gefühle der Trauer, da ſie in ihrem Land die ſo vollſtändige Unbeteiligung, ja Gegenſätzlichkeit von Staat und Kirche feſtſtellen müſſen und darum die in der Schweiz noch anzutreffenden Verhältniſſe, auch wenn ſie nicht ohne Fehler ſind, geradezu mit Neid betrachten und rufen: Behaltet, was ihr noch habt, es iſt auch als irdenes Gefäß beſſer als unſere Scherben, nicht wegen des alljährlichen äußeren Vorteils, ſondern um der Aufgabe, um des Staates, um des Volkes willen.

Kerzers.

Martin Ludi.

Die Vorläufige Leitung der D.E.K. zum Brief Karl Barth's.

Die Vorläufige Leitung der Deutſchen evangeliſchen Kirche ſchreibt in einem Erlaß an die Landeskirchenräte und Landesbrüderräte u. a.: